

leßern dieser konsequenten Lage gar nicht um die Einigkeit zu tun. Denn nicht nur ihr Inhalt, auch die Art der Veröffentlichung zeigt immer deutlicher, daß dadurch ein durch Vordrängung in eigene geleiteter Schlag gegen die alte Partei und den Aufbau einer Neuordnung auf der jetzigen revolutionären Grundlage geführt werden sollte. Der unglückliche Ausfall ist hinausgegangen als ein solcher der A. u. S. in Dresden, Leipzig und Chemnitz, obwohl bereits am Samstagabend feststand, daß er im Dresdner A. u. S. nicht die Mehrheit finden würde. Das ist nicht nur auf verwerfliche Unvollständigkeit, sondern mindestens auch auf eine unverständliche Unterlassung zurückzuführen. Denn die maßgebenden Parteien waren noch gut in der Lage, den wahren Sachverhalt bei der Veröffentlichung in Chemnitz und Leipzig bekannt zu machen. Noch verwunderlicher ist aber, daß in der amtlichen Zusammenfassung des Volkswirtschaftlichen Büros über die Konstituierung der neuen Regierung der bedauerliche Ausfall auch als solcher als bald als bald in Dresden bezeichnet wird, obwohl über diesen ablehnenden Haltung gar kein Zweifel obwalten konnte. Auf diese ablehnende Haltung noch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist äußerst bedauerlich, daß die neue Regierung in einer solchen, höchst irreführenden Weise mit diesem äußerst schädlichen Austritt in Zusammenhang gebracht wird.

Wie wir uns zu dem Austritt stellen, haben wir gestern bereits ausgeführt. Wir bedauern ihn, weil er die Einigkeit des Landes gefährdet und einen Bruch zwischen der revolutionären Bewegung im Reich und in Sachsen herbeiführt. Es wäre noch viel mehr zu sagen. Heute wollen wir uns nur darauf beschränken, daß die schädlichen Folgen für das Wirtschaftsleben hinweisen, die jetzt besonders stark unter dem Geldmangel leiden. Es ist sehr zu bedauern, daß die regelmäßigen Lohnzahlungen in Frage gestellt sind. Aus Leipzig wird mitgeteilt, daß von dort zehn Millionen Mark, die heute zur Auszahlung der Löhne gebraucht werden, nur zwei Millionen Mark als Einlage zur Verfügung stehen. Anderwärts wird es ähnlich zu sein. Doch auch die Auszahlungen der Soldaten-Entlohnungen Schwierigkeiten bereiten und vielleicht auch nur zum Teil erfolgen kann, steht zu erwarten. Die besorgnisvolle Lage der Arbeiter verdrängt die erste Salamizahlung auf übergehende Abrechnungen von Sparguthaben und Pfandlagen aus. Auch die Revolution juristisch durchzuführen. Statt in Dresden gebracht zu werden, liegt das Geld anghäufte Devisen in deren Schulden. Es konnte aber wohl erwartet werden, daß die Geldkammer aus übertriebener Sorge bald wieder beruhigen und ihr Geld auf die Banken zurückzugeben würden, wenn sie gesehen hätten, daß alles in Ordnung weitergeht. Und in diese kritische Periode fällt dieser notwendige Austritt wie eine Bombe und muß natürlich besonders wegen seiner ebenso fribolen wie ungeschickten Spielerei mit der Entwertung die Panik und Angst der Geldbesitzer vergrößern und sie nun erst recht veranlassen, ihr Geld zurückzuhalten oder den letzten Rest von der Bank oder der Sparkasse zu holen. So werden die Schwierigkeiten vergrößert, so wird die Revolution gefährdet von Seiten, die bisher revolutionäre Redensarten immer im Munde geführt haben. Natürlich ist die Angst der Sparer und Kapitalisten schon zu beurteilen, gemäß spielen sie in ihrer kindlichen Angst eine recht löbliche Rolle; das ändert aber an der schädlichen Wirkung solcher Angstmaßnahmen und von Proklamationen, die diese steigern, nichts.

Die Räumung im Westen.

Berlin, 15. November. Die Räumung der besetzten Gebiete im Westen geht nicht, soweit es sich um den Rückmarsch geschlossener Truppen anbelangt, planmäßig vor sich. Trotz den großen Schwierigkeiten ist es bisher auch gelungen, ausgedehnte Verpflegung heranzuschaffen. Wenn der Rückmarsch auf der Heimat sich nicht durch Vorkauf von Lebensmitteln und Verpflegung gesichert wird, so wird sich der Rückmarsch vorwiegend auf weiter glatte abwickeln. Teile der im rückwärtigen Gebiet der Westfront untergeordneten Truppen haben, beunruhigt durch alarmierende Nachrichten andererseits, die sich als Unzulänglichkeiten der heimatischen Arbeiter- und Soldatenräte aufdecken, teilweise oder ihnen völlig entgegenarbeiten, ihre Truppenteile verlassen und streben der Heimat zu. Sie bilden für den geregelten Rückmarsch der Masse des Heeres und für die Verpflegung des Heeres in der Heimat eine ernste Gefahr, die nur durch gezielte und wirksame Maßnahmen der Heimatsbehörden behoben werden kann.

Die Räumung der besetzten Gebiete und die weite Abwanderung hat durch Zufallsbestimmungen des Oberkommandos der Verbündeten, die erst nach Aufhebung unter Aufsicht der Verbündeten, eine bedeutende Erschwerung erfahren, die nun geregelten Abmarsch in der jetzigen Zeit völlig unmöglich machen. Die Oberste Oberleitung ist beim Oberkommando der Verbündeten ernstlich bestrebt, bisher jedoch ohne Erfolg.

Rotterdam, 15. November. Der Rat der Rotterdamer Kommune wieder: Aus Rotterdam wird berichtet, daß die dortigen Truppen in Antwerpen geräumt haben. In Brüssel sind nur noch einige wenige, die morgen abgehen und durch Kanäle des Verbands ersetzt werden. Belgische Argumente kommen am Dienstag nach Brüssel. Die königliche Familie wird ihren Einzug in Brüssel am Freitag halten.

Eine deutsche Note an Amerika.

Rotterdam, 15. November. Neuer meldet aus London, 14. November: In Vereinbarung einer Note nach den Verhandlungen zur Verlegung neutraler und feindlicher Länder mit Lebensmitteln in der Kamerun dem Unterhaus mitgeteilt, daß diese Angelegenheit in den Händen des internationalen Nahrungsmittelrats ruht, der sofort Schritte getan hat und hofft, den Bedarf der betroffenen Länder decken zu können. Wenn jedoch die öffentliche Ordnung gefährdet werden sollte, würde die Hilfe der Verbündeten nachdrücklich begehrt und vielleicht sogar verbittet werden.

Berlin, 15. November. Die deutsche Regierung hat dem Vorkriegsminister nach eine Note nach Washington geschickt, in der mit dem besten Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt ist, die Senkung des Lebensmittelpreises nach Deutschland in günstigem Sinne zu erörtern. Es wird darauf hingewiesen, daß große Hilfe tut und daß die Annahme der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerschwerter machen. Die Gefahr anarchoistischer Zustände könne nur bei gezielten Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet

deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Ort zu entsenden, um dort mit den deutschen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu beraten. Die Note legt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die nächsten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könnte.

Wie eine Berliner Korrespondenz an zuständiger Stelle hört, sind die Verhandlungen über die Höhe der für Deutschland benötigten Lebensmittel auf Grund eines vom Kriegsministerium aufgestellten Verbrauchsplanes jetzt abgeschlossen worden. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden 75 000 Tonnen Getreide, 150 000 Tonnen Fleisch und 230 000 Tonnen Getreide.

Der Plan der Entente, für die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte und im übrigen der ganzen Welt deutsche Schiffe zu chartern, ist zur Zeit noch Gegenstand von Verhandlungen.

Die Lage in Posen.

Berlin, 15. November. Die Meldung, daß unter Führung polnischer Offiziere der polnischen Legion im Automobil nach Posen geschickt worden sind, die die Übergabe der Stadt und der Provinz gefordert haben, scheint sich zu bestätigen. Man rechnet bei der Reichsregierung mit der Möglichkeit, daß polnische Truppen weiterhin im Osten auftreten und versuchen werden, die für das Königreich Polen im Auspruch genommenen Gebiete zu besetzen, um die kommende Friedenskonferenz vor eine vollkommene Tatsache zu stellen. Zur Wahrnehmung der Rechte der Deutschen in der Provinz Posen neben dem fast ganz polnischen Arbeiter- und Soldatenrat und neben dem polnischen Volk ist, wie der Tageshau Posen gemeldet wird, auch von den Deutschen aller Schichten ein deutscher Volksrat gegründet worden.

Zwischen den beiden Meinungen vor, nach denen besprochen wird, daß ein Einbruch der Polen in Posen beabsichtigt sei. Die polnische Presseagentur teilt der Telegraphen Union über die angeblichen Angriffe auf Polen und Oberschlesien folgendes mit: Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerüchten von einer Eroberung oder gar von einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist. Es handelt sich hierbei lediglich um Propaganda gewisser Elemente, die von der Verharmlosung der Verhältnisse eine Einbuße ihrer bisher ausschlaggebenden Einflüsse befürchten und daher bemüht sind, unter der Verharmlosung durch böswillige Ausstellungen unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Regierung Polens ist nicht gewillt, auf der Rolle Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auswanderung zwischen beiden Völkern über kritische Zeiten soll nicht das Werk gewalttätiger Handlungen, sondern friedlicher, im Geiste der Verständigung getragener Verhandlungen sein. Das polnische Volk weiß sehr wohl, daß es auch für die Zukunft mit dem deutschen Volke in engeren Beziehungen leben muß, und ist gewillt, diese Beziehungen im Geiste der Völkerverständigung zu fördern und freundschaftlichen auszubauen und gemeinsam mit dem neuen Deutschland und mit jedem anderen Kulturvolk an den großen Aufgaben zu arbeiten, vor die der Zusammenbruch der alten und die Geburt der neuen Weltordnung die Menschheit gestellt hat.

Posen, 15. November. Das Volksbureau Posen teilt nach Erkundigung bei den zuständigen Stellen mit, daß das Gerücht, polnische Offiziere hätten die Übergabe der Stadt Posen gefordert und polnische Legionäre beabsichtigten, in Posen einzumarschieren, völlig unbegründet ist.

Entlassung aus dem Heere in die Heimat.

Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden. Die Entlassung muß sich nach den Verhältnismöglichkeiten richten und ordnungsmäßig vor sich gehen. Darum Geduld und Ruhe, bis jeder an der Reihe ist. Im Dezember ist für die erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angedeutet. Jüngere werden folgen. Heute in unentschiedenen Tagen. A. B. der Befehlsgegenwart, müssen warten, bis sie erreicht sind. Heute aus Entlassung zu entlassen, heute aus dem unentschiedenen Rückmarschgebiet und aus den Rückmärschen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahrgängen 1898 und 1899 angehören. Wer von seiner Formation aus irgend einem Grund abgezogen ist, findet die nächste militärische Dienststelle auf und erbittet einen Urlaubsschein in seine Heimat oder einen Rückmarsch zu seinem Befehlsgegenwart. Wer mit Urlaub heimkehrt, sieht zu Hause nach den amtlichen Anweisungen und Bestimmungen, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Fortschritten kommt. Was dahin dient ihm der Urlaubsschein als Ausweis. Er von Truppenteil oder seiner Entlassungsform ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 M. Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsschein.

Berlin, 15. November. (Besinnung.) 1. Jedem am 9. November 1918 und früher und dem Herrschaftsordnungsamt ausstehenden Unteroffizier und Mann sollen verabschiedet werden: a) unentgeltlich ein Entlassungsgeld, soweit der Vorrat reicht, b) ein Uniform, c) ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 M., d) ein Urlaubsgeld, soweit Urlaubgebühren geständig sind, ein Kaufvertrag vom 15. 2. Die Verabschiedung von 1. wird abhängig gemacht von einer ordnungsmäßigen Entlassung. Dazu gehören: a) Abgabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition, b) Empfang der Entlassungspapiere, c) Anerkennung der Stammtafel.

Der Kriegsminister Schüd. Unterstaatssekretär Göhre.

Deutsches Reich.

Keine Einberufung des Reichstags.

Berlin, 15. November. (Amst.) Reichstagspräsident Heßerbach telegraphierte an das Kabinett: Gehört die Reichsleitung gegen die vielfach angelegte Einberufung des Reichstags für Roming oder Dienstag Einbruch zu erheben und event. Maßnahmen dagegen zu treffen? Das Kabinett erwiderte: Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des Reichstags als auch des Bundesrats in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammengetreten.

Nationalliberale und Fortschrittler.

In einer Rede, die heute zwischen fortschrittlichen und nationalliberalen Vertretern gehalten wurde, wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung unter allen Umständen gemeinsam

in den Wahlkampf zu gehen. Es wurde weiter ein Ausblick auf Beratung eines neuen Parteiprogramms festgestellt und die Absicht geäußert, das neue Programm zur Grundlage einer neuen Parteibildung zu benutzen.

Neuordnung der Kriegsbefähigtenversicherung. Wie die Vorwärts erzählt, steht eine völlige Neuordnung des gesamten Kriegsbefähigtenversicherungswesens auf reichsweitem Wege bevor. Es ist die Einführung des gesetzlichen Versicherungswesens, wie es auch annehmen der Kriegsbefähigten geplant ist. Die Versicherung soll künftig dem Reichsarbeitsamt unterliegen. Der Reichsarbeitsrat des Reichsbundes der Kriegsbefähigten und ehemalige Kriegsteilnehmer, Genosse Erich Rohmann, wurde in die Beratungen der amtlichen Fürsorge berufen.

Eine Regierungserklärung über Baufragen.

Berlin, 15. November. Im umfassenden Bericht der Regierung über die Baufragen, erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beschäftigen nicht die Beschlagnahme von Bank- oder Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld, Banknoten, Wertpapieren oder sonstigen öffentlichen oder geschlossenen Deposits vorzunehmen. 2. Wir beschließen nicht, die Zeichnungen auf die neue Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihe überhaupt für ungültig zu erklären oder ihre Rechtskraftigkeit anzufügen. Die Regierung beabsichtigt jedoch, die großen Vermögen und Einkommen aus schließlich zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen. Die Erhalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, der Offiziere und anderen Personen der Soldatenstandes, der Kriegsbefähigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Dase.

Die Schlefien nicht torpediert.

Die von Lokalzeitungen verbreitete Meldung, daß die Schlefien auf der Fahrt nach den norddeutschen Küsten torpediert worden und mit der ganzen Besatzung untergegangen sei, ist völlig erdichtet. Die Schlefien sind gestern abend in Kiel eingetroffen und beschließen dort in die Fahrt zu gehen. Auch eine heute von der W. J. am Freitag verbreitete Meldung, daß nicht die Schlefien, sondern die Schlefienposten torpediert sei, entspricht, wie wir erfahren, in keiner Weise den Tatsachen. Auch sonst liegen eine Reihe falscher, teils unbestimmter Meldungen vor, die lediglich die herrschende Verwirrung zeigen. Daß deutsche U-Boote in schwedischen Gewässern eingetroffen sind, ist an zuständiger Stelle nicht bekannt. Daß die englische Flotte die rote Bange gebildet habe, ist unbestimmt und nach Lage der Dinge sehr unwahrscheinlich. Ob Kopenhagen als Internierungslager für die deutschen Schiffe in Aussicht genommen ist, ist unbekannt, dagegen trifft jetzt die Meldung ein, daß das deutsche U-Bootboot 67 am 10. November einen kleinen englischen Kreuzer der Pola-Klasse versenkt habe.

Nicht Lebensmitteldampfer vor der Abfahrt.

Berlin, 15. November. Nach dem Berliner Lokalanzeiger melden die Times: Hat ehemalige deutsche Dampfer versenkt am 19. November mit Lebensmitteln für Deutschland beladen, Kreuzer.

Unsere Truppen in Ostafrika.

Haag, 15. November. Holländisch Neues Bureau meldet aus London: Nach Informationen aus Offizierskreise haben die Deutschen unter General v. Lettow Vorbeck noch immer mit einer Truppe von ungefähr 1000 Eingeborenen und 300 Europäern hand. Sie verfügen zwar nicht über Geschütze, wohl aber über zahlreiche Maschinengewehre.

Die Franzosen im Elsaß.

we. Ströburg, 15. November. Nachdem gestern an der Jhelheimer Waide französische Patrouillen gemeldet sind, dürfte Kolmar heute von französischen Truppen besetzt sein. In Mülhausen erweist man den Franzosen die französischen Truppen für heute.

Auslieferung der U-Boote.

Wilhelmshaven, 15. November. Folgendes Schreiben der deutschen Besatzungskommission an den Reichsminister über die U-Boote: Die Besatzungskommission an alle U-Bootebesatzungen und beteiligten Personen mitgeteilt: Die unterzeichneten Mitglieder der Besatzungskommission haben sich durch direkte Frage an den englischen Admiral Sir Bevelen Wemyss die vorbestimmte U-Boote und die Besatzung der U-Boote, das sämtliche Besatzungen der nach dem Waffenstillstandsvertrage auszuliefernden U-Boote alsbald nach ihrem Eintreten in den von England bestimmten Häfen in die deutsche Heimat zurückzuführen werden wollen. Es ist darauf jede Gewähr für die persönliche Freiheit und Sicherheit der Besatzungen auszusprechen. Folgt die Auslieferung nicht innerhalb der bestimmten Zeit, so haben sich die Besatzungen nach dem Besten ihrer Kräfte zu verhalten und den Besatzungskommissionen sofort zu melden. Dies durch nicht rechtskräftige Auslieferung der U-Boote oder durch Verstoß gegen die U-Boote auf sich haben, daß der Krieg zu Ende ist, neues Abenteuer beginnt und die letzte Heimat vor dem unerbittlichen Feinde verschwindet.

Generalmajor v. Bredow, Oberst v. Bredow, General v. Bredow, Kapitän v. Bredow.

Präsident v. Bredow, Staatssekretär des Innern. Der Rat der Volksbeauftragten hat in seiner heutigen Sitzung Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern ernannt. Die Beschlüsse des Reichslandtags hat Dr. Wolf, der Staatssekretär des Reichslandtags, weiter.

Zusammenarbeiten der A- und E-Kräfte mit den Behörden. Der Reichsminister des Innern teilt mit: Durch den letzten veröffentlichten Bundesrat an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß die Vertreter des Arbeiters- und Soldatenrates bzw. Bauernrates als Kontrollinstanzen den einzelnen Verwaltungsbehörden in einzelnen bei allen wichtigeren Verhandlungen auszuweisen sind. An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erging bereits unter dringender Mahnung, den von ihrem Amt erwarteten Beitrag, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort ein. Die Vertreter des Reichslandtags werden zu ermächtigen. Abstände des Arbeiters- Bauern- oder Soldatenrat dringende Schritte für personelle Veränderungen geltend zu machen, so muß er sie dem Reichsminister des Innern vorbringen.

Verordnungen der Reichsregierung.

Berlin, 15. November. Der Reichsminister des Innern hat eine Verordnung über Ordnungsfürsorge vom 15. November 1918, die die Ordnung der Fortsetzung der Bauarbeiten, die von der Sicherung der öffentlichen Ordnung abhängen, zu den Kosten der Oberverwaltungsämtern zu werden sind, vom 12. November 1918, eine Verordnung über die